

fühliges Reagieren und die Entscheidung entsprechend den volkswirtschaftlichen Möglichkeiten. Ohne Ansehen der Person ist die Auseinandersetzung zu führen mit bürokratischem und herzlosem Verhalten zu vorgebrachten Belangen der Bürger, die das Vertrauen zu den staatlichen Organen und die Bereitschaft, an der Beseitigung von Mängeln selbst mitzuwirken, beeinträchtigen. Alle Aktivitäten sollen darauf zielen, das Vertrauen der Bürger zu ihrem Staatsorgan zu stärken, ihre Leistungsbereitschaft und ihre aktive Mitarbeit für gute Lösungen und notwendige Veränderungen zu fördern.

Erfüllte Pläne, verbesserte Wohnbedingungen, eine gut funktionierende Versorgung, zeitsparende Dienst- und Reparaturleistungen, die effektive Nutzung der Gesundheits-, Bildungs-, Kultur- und Sporteinrichtungen bestimmen ebenso wie ein sauberes, farbenfrohes Antlitz des Heimortes die Visitenkarte jeder Volksvertretung, der Betriebe, Genossenschaften und Einrichtungen im Territorium. Unerlässlich dafür ist die weitere Ausprägung der Rolle der Volksvertretungen als arbeitende Körperschaften, das sachkundige direkte Mitwirken der Volksvertreter und der ständigen Kommissionen an der Entscheidungsfindung, Durchsetzung und Kontrolle der Aufgaben sowie das konstruktive Miteinander von Abgeordneten, Räten und Fachorganen. Dazu sollte auch die kameradschaftliche Zusammenarbeit mit den Ortsleitungen und Wohnparteiorganisationen, mit den Leitungen der befreundeten Parteien und Ausschüssen der Nationalen Front der DDR vertieft und die Bürgerinitiative „Schöner unsere Städte und Gemeinden - Mach mit!“ noch umfassender entfaltet werden.

Die Parteiorganisationen widmen sich den gewachsenen Anforderungen an die Leitung der Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft als Bestandteil der Lösung der Wohnungsfrage in den Städten und Gemeinden. Sie verstärken ihren Einfluß auf eine solide Arbeit mit den Wohnraumvergabeplänen, auf die Mitarbeit der Bürger in den ehrenamtlichen Wohnungskommissionen und auf die effektive Nutzung und gerechte Verteilung des gewachsenen Wohnungsbestandes.

Ein hohes Maß an Verantwortung erwächst den Parteiorganisationen für die immer engere Verbindung des Kampfes um die Erfüllung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben mit der Verwirklichung der Kommunalpolitik im Interesse der Bürger und ihrer schöpferischen Einbeziehung in die Leitung und Planung dieser Prozesse. In dieser Hinsicht sollten die Parteiorganisationen ihr Kontrollrecht noch aktiver in Anspruch nehmen und entschiedener auf die weitere Qualifizierung der Leitung und Planung, das exakte Funktionieren von Analyse, Information, Entscheidung, Durchführung und Kontrolle richten.

In Verwirklichung der Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik ist es erforderlich, zur allseitigen Erfüllung und gezielten Überbietung des Volkswirtschaftsplanes die örtlichen Reproduktionsbedingungen voll auszuschöpfen, überall die Reserven zu erschließen und durch eine umsichtige komplexe Leitungstätigkeit alle Verpflichtungen zum XI. Parteitag der SED in Ehren zu erfüllen. Es ist dafür Sorge zu tragen, daß die vielfältigen Möglichkeiten der territorialen Rationalisierung als eine Schlüsselfrage der umfassenden Intensivierung im engen Zusammenwirken von staatlichen Organen, Betrieben, Genossenschaften und Einrichtungen noch wirksamer für den Leistungsanstieg in der Volkswirtschaft und die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen genutzt werden.

Die Parteiorganisationen aller gesellschaftlichen Bereiche nehmen Stellung zur strikten Einhaltung der sozialistischen Gesetzmäßigkeit und legen ihre Aufgaben zur weiteren Erhöhung der Partei- und Staatsdisziplin sowie für vorbildliche Ordnung und Sicherheit fest. Sie widmen der Festigung eines hohen Staats- und Rechtsbewußtseins größte Aufmerksamkeit. Es werden weitere Maßnahmen zur unbedingten Einhaltung der Brand- und Sicherheitsvorschriften festgelegt, um Havarien und Brände zu verhindern.

Eine wichtige Aufgabe besteht darin, die Wirksamkeit der gesellschaftlichen und staatlichen Kontrolle zur Durchsetzung der Parteibeschlüsse zu erhöhen. Dazu ist auch die Arbeit der Kommissionen und Volkskontrollausschüsse der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion als Kontrollorgan der Leitung der Parteiorganisation einzuschätzen, zielstrebig weiter zu entwickeln und für die politische Führungstätigkeit zu nutzen.

Alle Leitungen der Partei achten darauf, daß die Genossen in den staatlichen Organen und Massenorganisationen, die Leiter der Betriebe und Einrichtungen sowie die Vorstände der Genossenschaften die allseitige Verwirklichung des Jugendgesetzes zu einem festen Bestandteil ihrer Tätigkeit machen und sich dabei regelmäßig mit den Leitungen der FDJ abstimmen. Sie fördern die weitere Ausprägung der sozialistischen Lebensweise unter der Jugend. Insbesondere unterstützen sie die FDJ bei der Schaffung neuer Jugendklubs in den städtischen Wohngebieten und von Jugendzimmern in allen Dörfern.

Ausgehend vom hohen Stand der Einbeziehung der Frauen in das Berufsleben sollten ihre spezifischen Belange, insbesondere der werktätigen Mütter in den Berichtswahlversammlungen und Delegiertenkonferenzen Berücksichtigung finden. Das betrifft vor allem ihre Aus- und Weiterbildung, ihre Vorbereitung für leitende Funktionen sowie die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen und den Gesundheitsschutz.